

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Reinhold.
Für die Inserate verantwortlich:
Arthur Kupfer.
beide in Aue.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich zu Pf. — Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich zu Pf. und wöchentlich zu Pf. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierstündiglich 1.50 M. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.42 M. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungskatalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Gesprecher 202.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag
Gebrüder Beuthner
(Inh.: Paul Beuthner)
in Aue.

Ausnahme von Anzeigen bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die siebengepaarte Körpersäule kostet Raum 10 Pf., Reklame 25 Pf.
Bei größerem Aufdruck entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Pobbielski geht. Er hat erneut sein Abschiedsgesuch eingereicht. Auch der Reichskanzler Fürst Bülow soll, wie mit Bestimmtheit versichert wird, noch vor dem Zusammentreffen des Reichstages sein Amt niederlegen.*

Die Pforte hat das russisch-englische Anerbieten der "guten Dienste" im türkisch-perischen Grenzkonflikt mündlich mit Dank abgelehnt.

Präsident Roosevelt und seine Gemahlin haben gestern die geplante Reise nach Panama angekündigt.

Das neue russische Einkommensteuergesetz läßt alle Einkommen bis zu tausend Rubeln steuerfrei. Die auf Selbstverständigung beruhende Einkommenssteuer steigt von einem bis zu fünf Prozent.

Die in Havre verschütteten vier Bergleute sind bereit worden.

* Näheres siehe unten.

Marotto, der Zaunkopf.

Als die Konferenz von Algieras auseinanderging, und zwar die Blamage Deutschlands, redblich erschüttert war, da hatte man allgemein das Bewußtsein, daß mit dieser unangenehmen Diplomatenarbeit die marokkanische Frage auf keinen Fall erledigt und für alle Ewigkeiten gelöst sei. Früher, als man damals annahm, kommt diese Frage wieder auf das Tropf, und natürlich sind es die sieben Nachbarn im Westen, die sie anstreiten, um die Gärten der Hesperiden mit den goldenen Apfeln in die weite Tasche zu stelen. Man hat das vorausgeschenkt, und deshalb kommt die ganze Geschichte auch durchaus nicht überraschend. Es ging ja auch gleich los zwischen Frankreich und Marotto. Rißpiraten und anderes Gestind begingen Angriffe auf französische Staatsangehörige, der Maghzen sagte nicht zu allem Ja und Amen, was von Paris aus verlangt wurde. Außerdem blutiger Art folgten einander — man wäre an der Seine ja recht unvernünftig gewesen, wenn man nicht die Gelegenheit beim Schopf gepackt hätte und zur bewaffneten Intervention geschritten wäre.

Die Rechte und das persönliche Regiment.

Die vielfachen, der Natur der Sache nach ungleichwertigen Erörterungen über die Kanzlerkrise, die keine Krise ist, haben jedenfalls das eine Gut, daß dabei an dem Regierungssystem, wie es sich bei uns seit 18 Jahren herausgebildet hat, eine recht umfassende Kritik geübt wird und daß selbst konservative Blätter mit einer Deutlichkeit und einem Freimut, die man noch vor kurzer Zeit bei ihnen nicht gesucht hätte, sich gegen das Überwuchern einer persönlichen Politik und das Hervortreten eines absolutistischen Regiments wenden. Ansätze zu solcher Erkenntnis sind ja schon gelegentlich im Laufe des letzten Jahres bei einzelnen Parlamentariern der Rechten zu erkennen gewesen, namentlich, als das preußische Abgeordnetenhaus die beantragte Gehaltsverhöhung für den Chef des Zivilkabinetts Herrn v. Lucanus ablehnte. Nach den jetzt aber zutage tretenden Symptomen muß man annehmen, daß sich innerhalb der verschiedenen Parteien eine ziemlich weitgehende Übereinkunft herausgebildet hat und wohl auch bei den Debatten im Reichstage gelegentlich zur Geltung kommen wird. Die konservative Kreuzzeitung hat sich neuerdings, wenn auch mit loyaler Zurückhaltung, doch deutlich über Gefahren des persönlichen Regiments ausgesprochen. Jetzt tut es in einem, wie sie sagt, aus parlamentarischen Kreisen stammenden Artikel auch die freikonservative Post. Sie stellt fest, daß die Kriegerfrüchte, wenigstens soweit sie den Reichskanzler betreffen, des tatsächlichen Untergrundes entbehren und sagt dann:

Wohl sprechen manche Anzeichen dafür, daß während der Abwesenheit des Fürsten Bülow von Berlin stark gegen ihn gearbeitet worden ist, unter dem Vorzeichen, daß seine Gesundheit dauernd erschüttert sei, und er demzufolge den Anstrengungen des Amtes, insbesondere der parlamentarischen Kommission, nicht mehr gewachsen sein werde. Die Wünsche, von denen jene Ministerarbeit distanziert war, müssen auch jetzt noch lebendig sein, aber ihrer Belästigung in dem vorerwähnten Sinne ist der Boden entzogen, nun der Reichskanzler den augenfälligen Beweis liefert, daß er die verantwortliche Leitung der Regierung

jetzt haben sich die Verhältnisse im Reiche seiner scherischen Majestät derart verschlimmert, daß die Franzosen beobachteten, ein ganzes Geschwader zu schicken. Und willfährige Depeschenbüros vergrößern die Unabilität marokkanischer Straubabüche natürlich noch entsprechend. Alle Weisen in Nordafrika sind in Gefahr, massakriert zu werden, und das gloriose Frankreich erhält das Mandat, die teureren Leben, die bedrohte Christenheit zu schützen. Spanien hat sich bereits in seiner Demut Frankreich gegenüber bereit erklärt, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. England unterstützt gegen die üblichen ehrlichen Wallerspeisen den französischen Freund, und so wird es wohl gar nicht lange dauern, bis französische Truppen in Fez einzumarschieren und dem verlaufenen und verratenen Abdül Aziz einen freundshaflichen Besuch abstatzen und dabei die Souveränität mitgehen lassen. Die verbrieften und verfeigten Souveränität des Sultans, über die man in Algieras so lange und so eingehend diskutiert hat! Es wäre zum Lachen, wenn die Geschichte für uns nicht eine recht angenehme Seite hätte, die uns bereits sehr erfolgreich vor Augen geführt wird.

Französische Agenten wollen nämlich entdeckt haben, daß die marokkanischen Piraten mit — deutschen Schnellfeuergewehren bewaffnet sind. Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, das kann man sich ungefähr denken. Man scheint uns hier eine Rolle imputieren zu wollen, wie sie beispielweise England oder vielleicht Engländer in Südafrika uns gegenüber gespielt haben. Man stellt die Behauptung auf, daß deutsche Lieferanten die Marokkaner mit Gewehren und Munition versiegen gegen Frankreich natürlich, und von dieser Behauptung bis zu der weiteren: daß Deutschland die marokkanischen Aufrührer gegen Frankreich unterstützt, ist nur ein Schritt, den man in der Zwischenzeit vielleicht schon zurückgelegt hat. Man hat ja von Anfang in ziemlich unverblümter Weise zu erkennen gegeben, daß man der Ansicht ist, Deutschland habe und intriguere in Marocco gegen Frankreich, obwohl sich ein Beweis dafür nicht bringen ließ. Richtig ist freilich, daß der Sultan von Marocco seit dem Kaiserbesuch in Tanger immer der Ansicht war, Deutschland werde ihn im Kampfe gegen die französischen Einfallsgeiste bestreiten. Richtig ist ferner, daß Deutschland in Marocco sich einer ziemlichen Popularität zu erfreuen hat, aber wir haben garnichts getan, die Popularität hervorzurufen. Sie ist uns im Gegenteil ziemlich unangenehm, besonders jetzt. Und wir wären auch garnicht in der Lage, den Marokkanern zur Hilfe zu kommen, wenn Frankreich und England heute die Triflote über Fez ausspanzen wollten. Wir würden uns nie Marocco wegen in ein Abenteuer stürzen, das uns sehr unangenehm werden könnte.

Leider liegt das nicht ganz bei uns, das zu vermeiden. Wenn man jenseits der Vogesen fortfährt, derartig blödsinnige Beschuldigungen gegen Deutschland zu erheben, wird man diesen Beschuldigungen ein Ende machen müssen, indem man kategorisch

im Reiche wie in Preußen mit voller Kraft wieder zu führen vermag.

Das Blatt fährt dann fort, die Krisengerüchte seien symptomatisch bemerkenswert; denn sie seien zweifellos der Ausdruck einer weitgehenden Beunruhigung darüber, daß sich ein persönliches Regiment und absolutistische Verhältnisse in der äußeren und inneren Politik bemerkbar machen. Das Blatt erinnert dann an Jena und schreibt:

Das heutige Preußen wie das Deutsche Reich können sich nur als Verfassungstaaten im vollen Sinne des Wortes geistlich weiter entwickeln. Dazu kommt, daß bei dem Reichstag und der Bielgestaltigkeit des öffentlichen Lebens in unserer Zeit der Versuch eines deutschen Kaisers, sein eigener Kanzler zu sein, notwendig zu einem gefährlichen Dissettionsismus in der Politik führen müßte. Wenn die Bedrohung absolutistischer Verhältnisse wirklich begründet wäre, so daß die Beunruhigung gerade der politisch auverlässligsten Kreise der Nation ihre natürliche Erklärung findet, so ist eine solche Stimmung gerade in denjenigen Kreisen, von deren Vertrauen eine Regierung, wenn sie Erfolg haben soll, getragen werden muß, an sich schon sehr vom Unheil und es erscheint als ein Gebot der Staatskugheit, sorgsam darüber zu wachen, daß alles vermieden wird, was die Gefürchtung eines persönlichen Regiments in mehr absolutistischem Sinne nähren könnte. Das wird vor allem auch die Aufgabe der parlamentarischen Körperschaften im Reiche wie in Preußen sein müssen. Ihnen wird es obliegen, mit Nachdruck darauf zu halten, daß die selbständige politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Minister voll zur Geltung gelangt und den verantwortlichen Räten der Krone die Stellung und der Einfluss gewahrt bleiben, deren sie bedürfen, um ihrer politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Monarchen wie gegenüber der Volksvertretung gerecht zu werden.

In einem zweiten, von anderer Seite stammenden, im Gedankengänge aber mit dem ersten übereinstimmenden Artikel bemüht sich die Post, die Affäre v. Pobbielski von der Sache des Reichskanzlers zu trennen, der sich nach wie vor des vollständigen Vertrauens erfreut. Fürst Bülow habe im vorigen Jahre Herrn v. Pobbielski, als er gehen wollte, zum Bleiben be-

ihre innere Verlogenheit dargetan. Das führt naturgemäß zu Reibungen. Wer sich erinnert, welcher Lappalle wegen seinerzeit der große Krieg zwischen Deutschland und Frankreich herausbeschworen wurde, der wird uns zugeben, daß jetzt noch weit eher Gelegenheit zu Verwicklungen gegeben ist, als es damals. Und wenn man sich weiter vor Augen hält, daß es gerade Herr Bichon ist, der jetzt mit dem ehrgeizigen Streber Clemenceau zusammen die auwärtige Politik Frankreichs macht, der wird die Situation, in der wir uns befinden, recht brennlich finden. Denn die großen Friedenskundgebungen, die diese Herren von willfährigen Trabanten in die Welt hinausdrücken lassen, können uns über die wahren Absichten dieser radikalen Staatslenker, die im Grunde nur radikale Chauvinisten sind, nicht im Unklaren lassen.

Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, aber es wird gut tun, wenn sich unsere Diplomaten vergegenwärtigen, daß unangenehm augenblicklich die Dinge für uns liegen. Will Frankreich Marocco einladen, so wird uns das freilich durchaus nicht angenehm sein können, da wir wieder einmal ein volkswirtschaftliches Abschlagsgebiet geprellt sind. Aber wir werden gut daran tun, das Mundwerk zu halten, und über das vertragsschädige Spiel hinwegzusehen, das unsere Freunde im Westen jetzt begonnen haben. War Paris dem alten Heinrich eine Messe wert, so ist uns Marocco keinen Krieg wert. Und wenn Frankreich das Ueberkommen von Algieras, das ihm übrigens ohnehin ziemlich freie Hand gewährt, nicht achtet will, und sich mit der Souveränität des Straßburgers über die Vereinbarungen hinwegsetzt, so drücken wir am besten zwei Augen zu, und lassen die Leute gewähren. Denn sie haben eine zu gute Rückendeckung, als daß man ihnen auf die räuberischen Finger klappen könnte. Vorsicht ist in diesem Falle der Tapferkeit besser Teit!

Politische Tageschau.

Aue, 9. November 1906.

Dynastie Bülow.

Unter diesem Titel bringt das Berliner Tageblatt in seiner gestrigen Abendausgabe folgende Sensationen: Fürst Bülow geht, das gilt jetzt in unterrichteten Kreisen als feststehend. Es wird uns jetzt auch von anderer Seite bestätigt, daß über den Zeitpunkt des Kanzlerwechsels zwar noch nichts bestimmt sei; doch würden höchstens zwei Monate ins Land gehen, bis sich die Veränderung vollzieht. Doch ist es sehr wohl möglich, daß Fürst Bülow in der Erkenntnis seiner unhaltbar gewordener Stellung das Präsidenten spielt und schon jetzt die Entscheidung herbeiführt. Denn schon wegen des am nächsten Dienstag zusammentretenden Reichstages wäre es peinlich, wenn die Krise noch über das neue Jahr hinaus verschleppt würde. Auch dürfte Fürst

Zu erwarten ist, daß der Landwirtschaftsminister trotz des guten Ausgangs der Affäre Fischer im Reichstage in heftiger Weise angegriffen werden dürfte wegen seiner Beziehungen zur Firma Tippelskirch und nicht zuletzt wegen seiner Haltung gegenüber den notorischen Fleischern. Eine solche Situation kann aber weder dem angegriffenen Minister noch den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums angenehm sein. Es läßt sich daher erwarten, daß Herr von Pobbielski über kurz oder lang sich doch entschließen wird, seinen Abschied erneut zu fordern. Zedenfalls würde heute Herr v. Pobbielski einen weit besseren Abgang haben, wie im Sommer aus Anlaß des Entlassungsummels in Sachen Tippelskirch. Wenn neuerdings behauptet wurde, es bestehet ein Duell Fürst Bülow contra v. Pobbielski und einer von beiden müsse gehen, so ist das lediglich müßiges Geschwätz. Der Reichskanzler und die ihm unterstellten Beamten des Auswärtigen Amtes haben gewiß am meisten die Angriffe auf Herrn v. Pobbielski bedauert und sich nicht im Entferntesten an der Presse gegen den Minister beteiligt. Wenn nun behauptet wurde, daß der Reichskanzler nicht mehr im ungeschmälerten Vertrauens des Monarchen sitze, so ist hier lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens.

Mit anderen Worten: Das steifkonservative Blatt rät Herrn v. Pobbielski dringend, mit Rücksicht auf seine Ministerkollegen den Abschied zu nehmen, ehe es im Reichstage zu den unausbleiblichen Angriffen gegen ihn wegen seiner Beteiligung bei Tippelskirch und wegen seiner Haltung in der Fleischnotfrage kommen wird. Es rät ihm, sich einen möglichst guten Abgang zu sichern und nicht etwa dem Herrn Reichskanzler, sondern dem Sturm zu weichen, der im Reichstage gegen ihn losbrechen wird. Fragt sich nur, ob Herr v. Pobbielski diesem wirklich guten Rate folgen wird und was seine extrem-agrarischen Freunde dazu sagen werden.